

Das Deutschland nach 1945 vom BND-Chef Gehlen bis in die Gegenwart der NSU-Morde:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/BND-Chef-Gehlen-bis-NSU.pdf>

Gehlen ist eines der Beispiele - wie ein hochrangiger Nazi nahtlos zu einem hochrangigen "Demokraten" in der neuen BRD wurde mit massiver Unterstützung von CDU Konrad Adenauer, dem ersten Kanzler der BRD. Er propagierte bezogen auf Globke, doch endlich mit der "Nazi-Riecherei" aufzuhören. Hans Globke war Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze in der Zeit des Nationalsozialismus und von 1953 bis 1963 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer Chef des Bundeskanzleramts. Und die SPD? Egon Bahr – ein führender SPD-Politiker – lobte Adenauers Politik der Versöhnung und des Ausgleichs als klug – ähnlich wie später der grüne Umweltminister Jürgen Trittin bei dem Atomverbrechen seinen Pseudo-Ausstieg als gesellschaftliche Beruhigung beim Streit um die Atompolitik rühmte. Die rechte Gesinnung des berüchtigten BND-Chefs Reinhard Gehlen setzt sich bis in die Gegenwart im Verfassungsschutz fort – durch die "Mithilfe" (mithin "Mittäterschaft") dieses staatlichen Organs passierten schließlich auch die NSU-Morde – und aktuell "gewollter Kontrollverlust":

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/326057.gewollter-kontrollverlust.html>

Das NSU-Urteil des Staatsschutzsenats des OLG München schützt den Staat und lässt die Opfer einmal mehr im Stich – Presseerklärung von Nebenklagevertreter*innen zum Ende des NSU-Verfahrens vom 11.7.2018 – *(folgt am Schluss)*

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

"unser" Buch im www.tlp.de/busverlag

Vorweg eine Chronologie:

.) 09.01.2018 Rechtsanwältin Basay wandte sich den Ermittlungen der Polizei zu - stellte noch einmal eindringlich dar, mit welchen massiven und zum Teil absurden Methoden den Thesen von Motiven im Familienkreis oder einer Verbindung zur organisierten Kriminalität nachgegangen wurde, obwohl sich nicht der geringste Anhaltspunkt dafür fand – angefangen damit, dass die Polizei Adile Şimşek nicht zu

ihrem sterbenden Mann ins Krankenhaus lassen wollte, bis dahin, dass die Polizei Zeug_innen ein Foto einer Frau, die mit dem Fall nichts zu tun hatte, vorlegte mit der Behauptung, das sei die Geliebte von Enver Şimşek. So wurde noch einmal eindrücklich klar, welches zusätzliche Leid diese Ermittlungen für die Familie bedeuteten: <https://www.nsu-nebenklage.de/blog/2018/01/10/09-01-2018/> und <https://www.heise.de/tp/features/NSU-Prozess-Unterlassene-Ermittlungen-schon-beim-ersten-Mord-3937375.html?seite=all>

.) 14.01.2018 NSU in Brandenburg Fall „Piatto“ wird zum Justizskandal - Der Skandal um den Brandenburger V-Mann „Piatto“ zieht immer weitere Kreise und erfasst nun sogar die Justiz: Offenbar war der kriminelle Neonazi mit dem Decknamen schon 1992 V-Mann. Die Justiz schütze ihn vor der Strafverfolgung: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1248802/> und <https://brandenburg.nsu-watch.info/carsten-szczepanski-seit-1992-ein-spitzel/>

.) 14.01.2018 Rostock Rätsel NSU: Mehr Nazi-Attacken auf Turgut - Gegen den türkischen Imbissbuden-Besitzer Mehmet Turgut, den Mitglieder des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) 2004 in Rostock ermordeten, gab es offenbar bereits 1998 zwei Attacken von Neonazis. 20 Jahre später birgt dies politischen Sprengstoff. Denn Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt hätten zwei NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag nicht über die Angriffe informiert: http://www.ostsee-zeitung.de/Mecklenburg/Rostock/Raetsel-NSU-Mehr-Nazi-Attacken-auf-Turgut?utm_medium=E-Mailing&utm_source=Newsletter&utm_campaign=OZ-Kompakt-Newsletter&utm_content=Artikel

.) 15.01.2018 - Dauersumpf NSU - Vor dem Oberlandesgericht in München fordert eine Anwältin der Nebenklage die Fortsetzung der Ermittlungen. Sie hatte entdeckt, dass eines der Mordopfer in Nürnberg einen Konflikt gehabt hatte mit einem Neonazi-Kriminellen aus der Stadt, der nicht nur die Angeklagten Wohlleben und Gerlach kannte, sondern auch Mundlos. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss von Brandenburg ergeben sich Hinweise, dass der V-Mann "Piatto", der Kontakt zum Umfeld des NSU gehabt hatte, möglicherweise früher als bisher bekannt für eine Verfassungsschutzbehörde tätig war: <https://www.heise.de/tp/features/Dauersumpf-NSU-3940810.html?seite=all>

.) 20.01.2018 Öffentliche Aktion zum 17. Jahrestag des Anschlages in der Kölner Probsteigasse - am Freitag, den 19. Januar hat die „Initiative Keupstrasse ist überall“ eine Mahnwache auf dem Wallrafplatz gehalten. Auf den Tag genau vor 17 Jahren explodierte in einem Lebensmittelgeschäft in Köln eine Sprengfalle, die dem NSU zugeschrieben wird. Nach rund 4½ Jahren rückt das Urteil im NSU-Prozess vor dem OLG München immer näher. Am 13. November 2017 begann Nebenklage-Anwältin Edith Lunnebach mit ihrem Plädoyer. Sie vertritt Masliya M., die bei dem rassistischen Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse vom 19. Januar 2001

schwerste Verletzungen erlitt: <https://koeln.vvn-bda.de/2018/01/17/vier-jahre-nsu-prozess-keinen-schlussstrich-ziehen/>

.) 21.01.2018 „NSU Watch NRW“ fordert Untersuchungsausschuss zum Wehrhahn-Anschlag - Für den Abend bevor Staatsanwalt Ralf Herrenbrück die Anklage verlesen wird, hat die Jüdische Gemeinde zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Warum hat es 17 Jahre gedauert, einen Mann anzuklagen, der schon kurz nach der Tat in Verdacht geriet, heißt eine der Fragen, die unter anderem mit Monika Düker diskutiert werden sollen: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/17-jahre-warten-auf-den-prozess_aid-17633339 und <https://www.nsu-watch.info/2018/01/nsu-watch-nrw-fordert-untersuchungsausschuss-zum-wehrhahn-anschlag/> (Tipp: Auf Schließen klicken.)

.) 24.01.2018 Nebenklägerin im NSU-Prozess bricht mit Anwältin- Die Schwester von Süleyman Tasköprü hat sich nach einem Zerwürfnis mit ihrer Anwältin als Nebenklägerin im NSU-Prozess zurückgezogen. Die Juristin hatte in ihrem Plädoyer konstatiert, die Fehler der Ermittler seien nicht auf institutionellen Rassismus zurückzuführen. Die Plädoyers könnten durch einen neuen Beweisantrag der Verteidiger von Ralf Wohlleben weiter verzögert werden: <https://www.sueddeutsche.de/politik/plaedoyers-nebenklaegerin-im-nsu-prozess-bricht-mit-anwaeltin-1.3838163>

.) 29.01.2018 Eine Frage der biografischen Hygiene – Bundesinnenminister Otto Schilys Umgang mit dem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße „Ach, der ist bekloppt. Der hat doch keine Ahnung. Der phantasiert.“ Das hätte man über ihn gesagt, ist sich Muhammet A., Nebenkläger im NSU-Prozess in München, sicher, wenn er behauptet hätte, Otto Schily sei ein Lügner. Otto Schily, der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland! Wenn so einer so was sagt, dann hat das Gewicht. Dann wird da schon was dran sein, wenn er, Schily, sagt, die Ermittlungen zum Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße würden „in ein kriminelles Milieu“ weisen. Problem ist nur: Da hat er wirklich gelogen, der Bundesinnenminister Otto Schily, oder eine Lüge weiterverbreitet, wie der Nebenklageanwalt im NSU-Prozess, Stephan Kuhn, in seinem Plädoyer Ende November 2017 erklärt: „Das war nicht nur objektiv falsch, es war – von wem auch immer – gelogen“: <https://www.nsu-watch.info/2018/01/eine-frage-der-biografischen-hygiene-bundesinnenminister-otto-schilys-umgang-mit-dem-nagelbombenanschlag-in-der-koelner-keupstrasse/>

.) 01.02.2018 Hatte der NSU Helfer in Hamburg? Ungeklärt ist, warum der NSU in Hamburg ausgerechnet Süleyman Taşköprü ermordet hat. Die Rechtsanwälte der Familie fordern einen Untersuchungsausschuss: <https://www.taz.de/Kolumne-Der-rechte-Rand!/5479065/>

.) 25.02.2018 NSU: Schutz für V-Mann "Piatto" von ganz oben - Untersuchungsausschuss in Brandenburg beleuchtet Fall Szczepanski - Ein Lehrstück,

wie der Verfassungsschutz den Rechtsstaat manipuliert. Der Zschäpe-Prozess in München wird in den kommenden Wochen voraussichtlich tatsächlich zu Ende gehen - der Skandal namens "NSU" aber bleibt. Dazu zählt die tiefe Verstrickung des Verfassungsschutzes (VS) in die Mordserie. Er hatte in den rechtsextremen Szenen eine Reihe von V-Leuten im Einsatz, lange bevor das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe vor der Polizei floh. Die VS-Geschichte lief bereits, als die NSU-Geschichte begann. Eine wichtige Figur dabei ist Carsten Szczepanski aus Berlin, Neonazi und Informant des Geheimdienstes namens "Piatto". Der Untersuchungsausschuss von Brandenburg bemüht sich, seine Rolle zu rekonstruieren - und stößt auf bemerkenswerte Funde. Auf einen Verfassungsschutz, dem es offensichtlich gelingt, rechtsstaatliche Verfahren zu manipulieren. Auf einen V-Mann, der allem Anschein nach auch aus dem Justizministerium heraus gedeckt wird. Ein Lehrstück: <https://www.heise.de/tp/features/NSU-Schutz-fuer-V-Mann-Piatto-von-ganz-oben-3977946.html?seite=all>

.) 25.02.2018 Gedenken an NSU-Opfer Mehmet Turgut - In Rostock haben etwa 150 Bürger des vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ermordeten Mehmet Turgut gedacht. Der damals 25-Jährige war vor 14 Jahren laut Ermittlern von dem rechtsextremen Terror-Trio erschossen worden. Die Initiative "Mord verjährt nicht" hatte gemeinsam mit der Hansestadt zu dem Gedenken eingeladen. Zu der Mahnwache am Tatort im Neudierkower Weg kamen auch Angehörige Turguts. Tiefe Wunden: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Rostock-Gedenken-an-NSU-Opfer-Mehmet-Turgut,turgut146.html>

.) 07.03.2018 - Angst vor dem Verfassungsschutz? Zwei Zeugen, deren Vergangenheit sich sowohl in der Neonaziszene als auch im Rotlichtmilieu abspielte, sollten im Münchner NSU-Prozess unfreiwillig zum letzten Aufgebot der Verteidigung des Ex-NPD-Funktionärs Ralf Wohlleben gehören: Sven Rosemann und Jug Puskaric. Wohllebens Anwälte gaben sich im Januar überzeugt, dass ihr Mandant durch diese beiden Männer vom Vorwurf der Beihilfe zum neunfachen Mord entlastet werden könne: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/328581.angst-vor-dem-verfassungsschutz.html>

.) 07.03.2018 Unfassbare Versäumnisse bei NSU-Ermittlungen - Daimagüler, der ein Buch mit dem Titel „Empörung reicht nicht!“ geschrieben hat und in Tuttlingen signierte, berichtete über Ermittlungsspannen, die institutionalisierte Verflechtung zwischen Verfassungsschutz und dem NSU und seiner Macht, wichtige Akten und Erkenntnisse bis heute vorzuenthalten, sowie über die Grundgestimmtheit der Ermittlungsbehörden, die verhindert hat, objektiv und sofort nach dem oder den ersten Morden in die richtige Richtung zu ermitteln. - Rassistisch gefärbte Polizeiarbeit -: https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/tuttlingen_artikel,-unfassbare-vers%C3%A4umnisse-bei-nsu-ermittlungen-_arid,10830301.html

.) 08.03.2018 NSU-Ausschuss: Zeuge gesteht Waffenbeschaffung - Aktenzeichen NSU ungelöst. Der Zeuge Jug Puskaric hat vor dem Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg eingeräumt, drei Schusswaffen besorgt zu haben, die er dann dem Thüringer Neonazi Sven Rosemann übergab. Rosemann war Mitglied des rechtsextremen Thüringer Heimatschutzes und zählte zum unmittelbaren Umfeld des Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe: <https://www.heise.de/tp/features/NSU-Ausschuss-Zeuge-gesteht-Waffenbeschaffung-3987701.html?seite=all>

.) 15.03.2018 NSU-Prozess: Gericht will zweiter Waffenspur nicht nachgehen - So einfach, wie es sich das Gericht mit der Verwerfung der zweiten Waffenspur macht, ist es möglicherweise nicht. Schwachpunkt ist vor allem die ungeklärte Herkunft von insgesamt 17 der 20 beim NSU-Trio aufgefundenen Schusswaffen. Das könnte die exklusive Drei-Täter-Theorie der Bundesanwaltschaft erschüttern und erklären, warum die Waffenfrage eben nicht abschließend ermittelt wird. Wie es aussieht, gab es eine zweite Lieferkette von Waffen. Botschaft des Gerichts: Mit dem lästigen NSU-Thema müsse endlich Schluss sein: <https://www.heise.de/tp/features/NSU-Prozess-Gericht-will-zweiter-Waffenspur-nicht-nachgehen-3993925.html>

.) 15.03.2018 Wo Dunkel den NSU umgibt - Noch immer befasst sich im Nordosten kein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit der Terrorgruppe. Im Zusammenhang mit diesem Mord stellt sich nach wie vor die Frage, inwieweit die NSU-Terroristen in Mecklenburg-Vorpommern Unterstützer hatten. Und offen ist, ob es Versäumnisse der Behörden beim Beobachten der mörderischen Clique und bei den Ermittlungen zu ihren Taten gab, zu denen auch zwei Banküberfälle in Stralsund gehören sollen. Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses verschoben: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1082491.rassistische-mordserie-wo-dunkel-den-nsu-umgibt.html?pk_campaign=Newsletter
(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Jetzt nicht, ich will weiterlesen" klicken.)

.) 20.03.2018 Das „massive Behördenversagen“ in Sachen „NSU“ macht Karriere - Wolf Wetzel setzt seine NSU-VS-Recherche mit dem Beitrag fort, der sich der Frage stellt: Was ist mit all den Akteuren passiert, die an diesem „massives Behördenversagen“ einen maßgeblichen Anteil hatten? Nachdem sich die neonazistische Terrorgruppe ‚NSU‘ (Nationalsozialistischer Untergrund) Ende 2011 durch die Verschickung einer Videokassette selbst bekannt gemacht hatte, war die Erklärungsnot groß – auf Seiten der Verfolgungsbehörden: Wie konnte eine neofaschistische Terrorgruppe dreizehn Jahre lang Sprengstoffanschläge verüben und Morde begehen, ohne eine „heiße Spur“ zu hinterlassen? Wie war es hingegen möglich, dass dreizehn Jahre lang die Morde an migrantischen Mitbürgern als „Dönermorde“, als Morde unter kriminellen Ausländern „ausermittelt“ wurden?: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=43045#more-43045>

.) 28.03.2018 Ein "NSU-V-Mann" von höchster Güteklasse - Enthüllungen im NSU-Skandal haben inzwischen einen doppelten Informationsgehalt: Einmal das Neue an sich - und dann, dass es erst heute, mit Jahren Verspätung, bekannt wird. Und zwar nur, weil Abgeordnete explizit danach fragen. Konkret: Der V-Mann "Piatto" alias Carsten Szczepanski hatte nicht nur, wie man seit einiger Zeit weiß, Kontakt zum unmittelbaren Umfeld von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in Chemnitz. Sondern, und das ist neu, auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) war von Anfang an über alle Einzelheiten und Meldungen informiert. Darunter die Einschätzung der Brandenburger bereits 1998, bei dem Trio handle es sich um Rechtsterroristen. Geschichte weitet sich aus, umso tiefer man gräbt. Wie der Boss, so der Tross – : <https://www.heise.de/tp/features/Ein-NSU-V-Mann-von-hoehster-Gueteklasse-4003824.html?seite=all>

.) 28.03.2018 Verfahren um Akten-Vernichtung nach Geldauflage eingestellt - Ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) muss 3000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen, damit das gegen ihn geführte Verfahren eingestellt wird. Axel M., der beim BfV unter den Tarnnamen Lothar Lingen bekannt war, hatte mehrere Akten eines rechtsextremen Informanten vernichten lassen, der im Umfeld des späteren NSU operierte. Das geht aus einem Schreiben der Kölner Staatsanwaltschaft hervor, das WELT vorliegt. Zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und 15 Banküberfälle - Staatsanwaltschaft wollte den Fall einstellen. Vernichtete Akten können nicht mehr geprüft werden. Akten betrafen hochrangigen V-Mann: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article174944754/NSU-Verfahren-um-Akten-Vernichtung-nach-Geldauflage-eingestellt.html>

.) 07.04.2018 NSU-Opferanwalt: „Der Verfassungsschutz hat ohne Ende gemauert“ - Stilles Gedenken an Mehmet Kubaşık – Gamze und Mutter Elif und Familie am Abend während der Demonstration zum 6. Tag der Solidarität: <https://www.nordstadtblogger.de/stilles-gedenken-an-mehmet-kubaik-nsu-opferanwalt-der-verfassungsschutz-hat-ohne-ende-gemauert/>

.) 19.04.2018 NSU-Zeugen im Schonwaschgang - Gab es im Umfeld des NSU-Trios eine zweite Waffenlieferkette? Diese Frage steht seit Monaten im Raum, zum wiederholten Male auch beim Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg. In der März-Sitzung wurde sie vom Zeugen Jug Puskarić bejaht - jetzt vom Zeugen Sven Rosemann vehement verneint. Dazwischen spielte sie aber auch im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München eine Rolle. Dass sie nicht geklärt ist, belegt ihre Brisanz und zeigt, wie ungeklärt der Mordkomplex auch nach sechs Jahren noch immer ist: <https://www.heise.de/tp/features/NSU-Zeugen-im-Schonwaschgang-4026106.html?seite=all>

.) 23.04.2018 Hamburg - Neue Initiative: Angehörige von Süleyman Taşköprü,

Politiker und Prominente wollen wissen, ob Neonazis dem NSU geholfen haben:
<https://www.abendblatt.de/hamburg/article214096647/Initiative-fordert-NSU-Untersuchungsausschuss.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) 23.04.2018 Hitler-Bild im Dienstzimmer - Nach PNN-Informationen soll der NSU-Ausschuss sogar die hochbrisante Erkenntnis haben, dass Rainer G., Beamter des Verfassungsschutzes im Innenministerium des Landes Brandenburg, in seinem Dienstzimmer zeitweise ein Hitler-Bild gehabt haben soll, ein Präsent von „Piatto“. Es soll sich dabei um eine Information handeln, die in nicht-öffentlichen Sitzungen gewonnen wurde, weshalb die Obleute sie in öffentlichen Vernehmungen nicht verwenden dürfen: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1277495/>

.) 21.06.2018 Die Todesliste des NSU - Es geht um eine geheimnisvolle Liste. Auf ihr stehen die Namen von mehr als 10 000 Personen. Experten sind überzeugt: Der NSU plante weitaus mehr Attentate und muss Helfer gehabt haben – Video: <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-die-todesliste-des-nsu-100.html>

.) 11.07.2018 Urteilsverkündung im NSU-Prozess: Keine Aufklärung bedeutet kein Ende des Schreckens - Die strukturell tödliche Strategie staatlich kontrollierter, rechtsextremistischer Verbrechen ist historische Kontinuität in der BRD mit einem nach 1945 konsequent re-nazifizierten deutschen Rechtsstaat. Dessen Akteur*innen üben in allen Gewalten von Exekutive bis Judikative einen strukturellen Rassismus aus. Rassistisch motivierte Täter*innen werden gefördert, verharmlost und geschützt. Opfer, Betroffene und Angehörige werden vorsätzlich kriminalisiert und entwürdigt: <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/2018/07/11/redebeitrag-der-initiative-zur-urteilsverkuendung-im-nsu-prozess/>

.) 12.07.2018 Kein Schlussstrich! - Sponti in Rostock - Kein Ende der Arbeit des Erinnerens und der Aufklärung nach dem Richterspruch: <https://de.indymedia.org/node/22761>

.) 12.07.2018 Lebenslang im NSU-Prozess Das Urteil repariert nicht 14 Jahre Staatsversagen! : <https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/lebenslang-im-nsu-prozess-das-urteil-repariert-nicht-14-jahre-staatsversagen—30946052>

.) 12.07.2018 Der NSU war nicht zu dritt! - Farbangriff auf Polizeiwache in Dresden! Info auf <https://de.indymedia.org/node/22764> : “In der Nacht vom 11.07 auf den 12.07. 2018 wurde in Dresden eine Polizeiwache mit Farbe attackiert. Es wurden 10 Farbbomben an die Fassade geworfen und ein Brief übermittelt, welcher daraufhin weist, dass der NSU nicht zur zu dritt war beziehungsweise ist. Jeder rote Fleck steht für ein Opfer des NSU!”

.) 12.07.2018 NSU-Urteil: Demonstranten fordern Aufarbeitung:

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Politiker-und-Aktivisten-fordern-NSU-Aufarbeitung,nsu584.html>

.) 13.07.2018 Verfahren gegen „Blood-and-Honour“-Anführer:

<http://www.fr.de/politik/rechtsextremismus/nsu-neonazi/beate-zschaepe-verurteilt-im-umfeld-des-nsu-a-1542663,0#artpater-1542663-1>

.) 13.07.2018 Die Worte sind verbraucht - Am Anschlagort in der Kölner Keupstraße herrschen nach dem Urteil im NSU-Prozess vor allem Trauer und Enttäuschung. Besonders ein Vergleich zu einer aktuellen Debatte fällt häufiger:

<http://www.fr.de/politik/rechtsextremismus/nsu-neonazi/nsu-die-worte-sind-verbraucht-a-1542651,0#artpater-1542651-1>

.) 13.07.2018 Nach dem Urteil im NSU-Prozess" Wir haben nach wie vor einen Staat im Staat" - "Darüber hinaus gibt es ein braunes Netzwerk":

https://www.deutschlandfunk.de/nach-dem-urteil-im-nsu-prozess-wir-haben-nach-wie-vor-einen.694.de.html?dram:article_id=422632

.) 14.07.2018 Mord im Internetcafé Familie von NSU-Opfer will Verfassungsschutz anzeigen:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article179298538/Mord-im-Internetcafe-Familie-von-NSU-Opfer-will-Verfassungsschutz-anzeigen.html>

.) 21.07.2018 Ralf Wohlleben nach Haftentlassung - Mitten im rechtsextremen

Milieu: <https://www.taz.de/Ralf-Wohlleben-nach-Haftentlassung/!5522922/>

Nun die am Anfang angekündigte Presseerklärung von Nebenklagevertreter*innen zum Ende des NSU-Verfahrens vom 11.7.2018:

Wut über das Urteil im NSU-Prozess

Presseerklärung von Nebenklagevertreter*innen zum Ende des NSU-Verfahrens

Am heutigen Mittwoch, dem 11. Juli 2018, ist nach fünf Jahren das Urteil im NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht München gesprochen worden.

Wir als Nebenklagevertreter*innen erklären für unsere Mandant*innen:

Wir sind nicht nur enttäuscht, sondern auch wütend über das Urteil. Nicht nur, weil die Angeklagten Eminger und Wohlleben deutlich niedrigere Strafen erhalten haben, als es die Bundesanwaltschaft gefordert hatte. Viel schlimmer ist für die

Nebenkläger*innen, dass das Urteil ein Schlusstrich sein will. Das Gericht stellt den NSU als abgeschottetes Trio dar, das bereits vor dem Untertauchen seine Entscheidungen alleine traf. Es spricht auch die Ermittlungsbehörden davon frei, dass sie Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nach deren Untertauchen hätten finden können und müssen. Den Verfassungsschutz und die strukturell rassistischen Ermittlungen zu Lasten der Angehörigen der Opfer erwähnt es gar nicht.

Wie das Gericht zu seinen Feststellungen kommt, ist nicht nachvollziehbar. Sie sind durch die Erkenntnisse in der Beweisaufnahme, aber auch in den Untersuchungsausschüssen widerlegt. Dieses Urteil ist daher alles andere als ein Erfolg der rechtsstaatlichen Justiz gegen Einflussnahmen von außen. Denn das Gericht hat insoweit gerade nicht akribisch Erkenntnisse aus einer umfassenden Beweisaufnahme ausgewertet. Zum Beispiel stellte das Gericht fest, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe "zu dritt und ohne weitere Personen" Anschläge planten, ausspähten und durchführten. Dabei hatte das Gericht die Beweisaufnahme auf diese Frage nach weiteren Unterstützern, u.a. an den Tatorten, gar nicht erstreckt. Soweit die Beweisaufnahme Teil-Erkenntnisse zum Netzwerk des NSU erbracht hat, hat das Gericht diese entweder ganz ignoriert oder sogar das Gegenteil des Festgestellten behauptet. Mit seinem Urteil hat sich das Oberlandesgericht damit im Sinne der Staatsräson als Staats-Schutz-Senat im Wortsinne betätigt.

Unerträglich ist für die Angehörigen der Mordopfer und die Opfer der Sprengstoffanschläge, dass die milde Strafe gegen den Angeklagten Eminger, der in der Hauptverhandlung keinen Hehl aus seiner fortdauernden nationalsozialistischen Haltung gemacht hat, als Bestätigung seines Auftretens aufgefasst werden muss. Er wurde, obwohl er bewusster Unterstützer der terroristischen Vereinigung war und auch im Nachhinein keine Reue zeigte, sogar eine Art Heiligenverehrung der Mörder Mundlos und Böhnhardt betrieb, nur zu 2 1/2 Jahren verurteilt. Er verließ den Gerichtssaal unter dem Beifall der anwesenden Neonazis als freier Mann. Auch bei Ralf Wohlleben, der weiterhin seine neonazistische Gesinnung vertritt, ist das Gericht mit 10 Jahren deutlich unter der Forderung der Bundesanwaltschaft geblieben. Allein bei Carsten Schultze folgte das Gericht dem Strafantrag der Bundesanwaltschaft – ausgerechnet er, der sich als einziger glaubhaft von der Nazi-Szene gelöst hat, soll längere Zeit im Gefängnis verbringen als Eminger.

Insgesamt stellt sich das Gericht mit seinem Urteil an die Seite der Bundesanwaltschaft, indem es ihrer – längst widerlegten – These der isolierten Dreierzelle folgt. Indem es zudem die Rolle von Polizei und Geheimdiensten vollständig außen vor lässt, ist dieses Urteil Wasser auf die Mühlen derer, die den NSU-Komplex für aufgeklärt und aufgearbeitet erklären und zur Tagesordnung übergehen wollen.

Aber der heutige Tag darf nicht das Ende der Aufklärung sein. Diesem weiteren

Rückschlag zum Trotz halten wir als Nebenklagevertreter*innen daran fest:

Die Verbrechen des NSU richteten sich gegen Menschen, die in Deutschland lebten und leben und die in Deutschland, in der Türkei, Griechenland und dem Iran geboren waren. Diese Verbrechen sind auch ein Angriff auf die Grundfesten dieser Gesellschaft. Ihren Folgen kann nur durch rückhaltlose Auseinandersetzung und Aufklärung entgegengetreten werden. Nur dadurch kann den vom NSU-Terror Betroffenen etwas von ihrem verlorenen Vertrauen wiedergegeben werden – und ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus gesetzt werden.

Notwendig ist eine umfassende Auseinandersetzung mit der Ideologie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“. Gerade heute ist dies unumgänglich, wo völkisch-rassistisches und antisemitisches Denken nicht nur am Rande der Gesellschaft zunehmen und sich militante neonazistische Strukturen dadurch bestärkt fühlen. Ein zweiter NSU kann jederzeit wieder entstehen, wenn es ihn nicht schon gibt.

Notwendig ist auch eine rückhaltlose Aufklärung der Rolle der Nachrichtendienste und Strafverfolgungsbehörden. Durch ihr Handeln haben sie die Verbrechen des NSU ermöglicht. Der Verfassungsschutz selbst hat durch Aktenvernichtungen und offene Lügen die Aufklärung be- und verhindert.

Das nach der Selbstbekennung des NSU gegebene Aufklärungsversprechen haben die Behörden systematisch gebrochen. Die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt haben ihre Ermittlungen frühzeitig mit ihrer „Trio-These“ verengt, was das Urteil heute zum Entsetzen der Nebenkläger*innen bestätigt hat. Der Verfassungsschutz selbst hat durch Aktenvernichtungen und offene Lügen die Aufklärung be- und verhindert.

Noch einmal: Das Urteil darf nicht das Ende der Aufklärung bedeuten! Es bedarf einer breiten Unterstützung durch die Zivilgesellschaft, durch engagierte Journalist*innen und Politiker*innen, um die Forderungen der Nebenkläger*innen gegen institutionelle Widerstände durchzusetzen. Zu diesen Forderungen gehört u.a. Folgendes:

- Die These vom NSU als abgeschottetem „Trio“ als beschränkende Leitlinie für die Ermittlungen muss endlich aufgegeben werden. Die noch offenen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen bekannte Unterstützer müssen effektiv weiter betrieben werden. Darüber hinaus müssen gründliche Ermittlungen zum NSU und seinem Netzwerk – insbesondere auch an den Tatorten – aufgenommen werden.
- Das Agieren der V-Leute und Mitarbeiter*innen der Verfassungsschutzbehörden muss Konsequenzen haben. Bei den notwendigen (auch strafrechtlichen) Untersuchungen darf keine Rücksicht auf die

- Interessen der Nachrichtendienste und ihrer V-Personen genommen werden.
- Die Nachrichtendienste müssen ihr Wissen um den NSU und sein Netzwerk endlich offen legen, ihre noch vorhandenen Akten den Untersuchungsausschüssen zur Verfügung stellen und Mitarbeiter*innen und V-Leuten uneingeschränkte Aussagegenehmigungen erteilen.
 - Ein neues Vernichtungsmoratorium bezüglich aller Akten und sonstigen Beweismittel mit eindeutigen oder potentiellen Bezug zum NSU ist zu erlassen – zumindest bis sämtliche NSU-Untersuchungsausschüsse und Ermittlungsverfahren abgeschlossen sind.
 - Die Hamburger Bürgerschaft muss einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Der Stadtstaat ist das einzige Bundesland, das Tatort eines bekannten NSU-Mordes war, in dem es bisher keinen Untersuchungsausschuss gab bzw. gibt.

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Serkan Alkan

Seda Başay

Antonia von der Behrens

Önder Bogazkaya

Christina Clemm

Dr. Mehmet Daimagüler

Dr. Björn Elberling

Berthold Fresenius

Martin Heising

Alexander Hoffmann

Carsten Ilius

Ali Kara

Stephan Kuhn

Edith Lunnebach

Yavuz Narin

Gül Pinar

Eberhard Reinicke

Kiriakos Sfatkidis

Sebastian Scharmer

Isaak Sidiropoulos

Dr. Peer Stolle

Turan Ünlüçay

<https://www.nsu-nebenklage.de/blog/2018/07/11/11-07-2018-presseerklaerung-von-nebenklagevertreterinnen-zum-ende-des-nsu-verfahrens/>

11.07.2018

Das Urteil des Staatsschutzsenats des OLG München schützt den Staat und lässt die Opfer einmal mehr im Stich

Das OLG München hat mit seinem Urteil vom heutigen Tag all denjenigen, die sich um eine wirkliche Aufklärung Straftaten des NSU und ihrer Hintergründe bemühen, einen Schlag ins Gesicht versetzt. Die Beschränkung der Aufklärungsbemühungen auf eine harte Verurteilung Beate Zschäpes, bei gleichzeitiger Verharmlosung der Tatbeiträge und der Ideologie der Unterstützer und Leugnung jeglicher Verantwortlichkeit staatlicher Stellen, geht viel weiter, als dies nach der bisherigen Beweisaufnahme zu befürchten war.

Das Gericht hat Beate Zschäpe wegen gemeinschaftlicher Begehung der hier angeklagten Taten des NSU zu lebenslanger Haft verurteilt und die besondere Schwere der Schuld festgestellt. Zschäpe wird also mindestens etwa 20 Jahre im Gefängnis bleiben. Gerade diejenigen Täter allerdings, die keinerlei Reue gezeigt haben, bis zuletzt schwiegen, die ihre ideologische Verbundenheit zum NSU offen gezeigt haben und damit von der militanten Naziszene zu Helden stilisiert werden, Ralf Wohlleben und André Eminger, hat das Gericht mit besonderer Milde bedacht.

Bei der Strafe für Wohlleben, der wegen Beihilfe zu neunfachem Mord zu zehn Jahren verurteilt wurde, ist das Gericht deutlich unter dem Antrag der Bundesanwaltschaft geblieben. Das auch im Prozess demonstrative Festhalten Wohllebens an seiner Ideologie, seine besondere Unterstützung von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt beim Aufbau des NSU und die besondere Gefährlichkeit des NSU haben den Senat aber nicht dazu gebracht, das Strafmaß nach oben auszuschöpfen. Das bedeutet, dass Wohlleben möglicherweise bereits heute das Gericht als freier Mann verlassen kann, weil nach fast 7 Jahren Untersuchungshaft bei einer Strafe von 10 Jahren die Fortsetzung der U-Haft unverhältnismäßig wäre. Wohlleben wird also als Held zu seinen Unterstützern in Thüringen zurückkehren, unter anderem zu ehemaligen Blood & Honour-Aktivisten aus Sachsen und Thüringen, die zur Zeit eine boomende Struktur von Neonazi-Konzerten und Free Fight Events in Thüringen organisieren und sich durch ihre Solidaritätsbekundungen mit den Angeklagten im NSU-Prozess bewusst in eine Kontinuitätslinie mit dem Netzwerk des NSU stellen und andererseits mit Propaganda und finanziellen Ressourcen den Boden für die nächste Welle rechten Terrors bereiten.

Der zweite Angeklagte, der vom Gericht mit besonderer Milde bedacht wurde, ist André Eminger. Selbst wann man annehmen würde, dass ihm die Beihilfe zu dem Sprengstoffanschlag in der Kölner Probsteigasse nicht nachzuweisen war, ist seine Strafe von 2 1/2 Jahren nicht nachvollziehbar. Das Gericht hat nun angenommen, Eminger habe bis zu dem Wasserschaden in der Wohnung Böhnhardts, Mundlos'

und Zschäpes keine Kenntnis von deren terroristischen Aktivitäten gehabt. Erst danach sei ihm mitgeteilt worden, dass "die Drei" noch andere Straftaten mit politischer Zielsetzung machen. Danach habe er noch einmal eine Bahncard geliefert – dies die Unterstützungshandlung, für die er nun verurteilt wird. Diese Begründung ist gleichwohl kaum nachvollziehbar, sie widerspricht im Übrigen auch den Ausführungen des Senats im Haftbefehl gegen Eminger. Insbesondere ignoriert eine solche Beurteilung aber die ideologische Ausrichtung Emingers, die in der Beweisaufnahme deutlich wurde. Eminger war verantwortlich für ein Fanzine, in dem für rassistische Morde geworben wurde, in dem rechtsterroristische Konzepte verbreitet wurden. Die Nebenklage hatte aus diesem Grunde auch beantragt, den Zwickauer V-Mann Ralph Marschner zu vernehmen, weil dieser Angaben zu den weiteren Aktivitäten Emingers hätte machen können. Dieser Antrag wurde von Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft vereitelt, das Gericht hatte kein Interesse an weiterer Aufklärung. Nun wird argumentiert, es gäbe keine weiteren Informationen dazu, dass Eminger von den Aktionen Zschäpes, Böhnhardt und Mundlos gehabt habe. Der Verfassungsschutz hat also erfolgreich die Aufklärung verhindert, dies führt im Ergebnis zu einer mildereren Verurteilung Emingers.

Die milde Verurteilung von Wohlleben und Eminger kann nur eines zum Ziel haben: Das Gericht will die Grundannahme der Bundesanwaltschaft, der NSU habe nur aus einer isolierten Gruppe von drei Personen bestanden, deren wenige Unterstützer hätten nur wenig gewusst, mit aller Macht verteidigen und einen Schlussstrich ziehen, der jede weitere Aufklärung beendet. Gleichzeitig stellt das OLG München die zuletzt hohen Strafen gegen Mitglieder und Unterstützer rechtsterroristischer Vereinigungen – wie z.B. die Gruppe Freital – als fast schon überzogen dar, indem es weit unter den dort ausgeurteilten Strafen wegen Unterstützung zurückbleibt und die Hürden für eine Mitgliedschaft ungewöhnlich hoch setzt. Die Botschaft des Gerichts an die Kameraden der Angeklagten Eminger und Wohlleben kann somit nur diejenige sein, dass selbst eine über Jahre andauernde rassistisch motivierte Mordserie und deren Unterstützung nicht zu einer realistischen Einschätzung neonazistischer Gefahren bei deutschen Gerichten führen.

Nachdem die Angehörigen der Mordopfer und die Überlebende der Bombenanschläge unsere im Rahmen der Ermittlungsverfahren institutionellen Rassismus erfahren mussten, mussten sie heute am OLG München miterleben, wie das Gericht darum bemüht war, den Aktendeckel über die Thematisierung mörderischer Nazistrukturen, staatlicher Aufklärungsverhinderung und Mitwirkung an den Taten zu schließen, und so der Hoffnung auf eine adäquate staatliche Antwort auf Anschläge auf Minderheiten und damit auf eine multikulturelle Gesellschaft zerstörte.

Bereits vor Ende der Urteilsbegründung muss daher festgestellt werden, dass am

Ende eines mehr als 5-jährigen Prozesses die Opfer des NSU weniger Antworten als neue Fragen erhalten, mitverantwortliche Behörden gestärkter aus dem NSU-Komplex hervorgehen, etablierte Politiker_innen erleichtert den Schlusstrich verkünden und Wohlleben und Eminger in eine ungebrochen militant agierende Naziszene zurückkehren werden, die die Taten des NSU erst ermöglicht und nunmehr unbeschadet überstanden hat.

Das Gericht hat die zentrale Lektion aus dem NSU-Terror ignoriert, nämlich die Forderung, NS-Ideologie und deren mörderische Praxis ernst zu nehmen. Diejenigen, die von Nazi-Morden und anderen rassistischen Gewalttaten (potentiell) betroffen sind, und diejenigen, die gegen diese Gefahren kämpfen, haben erneut feststellen müssen, dass sie sich in diesem Kampf auf den Staat nicht ansatzweise verlassen können.

<https://www.nsu-nebenklage.de/blog/2018/07/11/11-07-2018/>

Und last but not least:

.) Im ZDF setzte eine Moderatorin NSU und RAF gleich – sie brachte doch tatsächlich zur NSU den Begriff “die braune RAF”. Diese Gleichsetzung ist ja nicht nur ein geschichtlicher Fauxpas sondern zeigt den verinnerlichten rechten Abgrund auf, der in weiten Teilen der Gesellschaft die Gegenwart mit seinen verheerenden Auswirkungen prägt. Diese Äußerung ist schlimmer, als es den ersten Anschein hat – sie spiegelt den in weiten Teilen der Gesellschaft total verinnerlichten Staatschismus wieder.

.) Ähnlich krass zeigt es diese Reaktion. Auf unseren Bericht „Theorie und Praxis Militanter linker Aktionen“ und „Wie man widerständig wird“ <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Theorie-und-Praxis-Militanter-Aktionen.pdf> pestete jemand diese Antwort: “Ihr vergesst in dieser “gewalttätigen Widerstand - Aufzählung” die widerständigen Gewalttaten der Nazis und Rechten. Ich bin so froh, dass es in Deutschland das Gewaltmonopol des Staates gibt und ansonsten jegliche Gewalt verfolgt und bestraft wird.” Diese Äußerungen von “rechten Spießern” finden sich in allen Parteien – hier von jemand aus der grünen Partei.

.) Die RAF ist ja gerade deshalb entstanden, weil es für die Jugend nach 1945 unerträglich war, dass der mit dem Feigenblatt Demokratie etablierte BRD-Staat in fast allen Positionen von den Tätern der Nazi-Auschwitzgeneration gesteuert wurde.

.) Antjes früherer Freund Dr. Klaus-Detlev Godau-Schüttke - ehemals Richter am Landgericht Itzehoe – <http://www.godau-schüttke.de/impressum.html> (*Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.*) schrieb beispielsweise zum Thema diese Bücher: **.)** "Ich habe nur dem Recht gedient: Die »Renazifizierung« der Schleswig-Holsteinischen Justiz nach 1945“ **.)** „Die Heyde/Sawade-Affäre: Wie

Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben“ .) „Rechtsverwalter des Reiches- Staatssekretär Dr. Curt Joel (Rechtshistorische Reihe, Band 12“

.) 1968 - Die Enden der Revolte: Über die Jahre 1967 und 1968 kommen die Kommentatoren nicht hinweg. Dies umso weniger, wenn sich dieses "magische Datum" zum 50. Mal jährt und dazu einlädt, die Maschinerien medialen Recyclings erneut anzuwerfen. Dann werden die überlebenden Zeitzeugen von einst wieder vor die Mikrofone und Kameras gezerrt, um die Rätsel des Exzesses von einst endlich zu lösen. Einige Ex-Kommunarden und Archivare leben im übrigen nicht schlecht davon. Denn dieses verdammte Jahr will einfach nicht enden. Immer neu wird über die "Verdienste" und das "Versagen" der "'68er" gerichtet, werden ihre maßlosen Übertreibungen oder "blinden Flecken" diagnostiziert, um die Akten endlich schließen zu können. Doch wer schwingt sich da eigentlich zum Richter auf? Und worüber wird gestritten? Das "Versagen" der Rebellen schließlich bedarf keines Disputs. Eine Revolution blieb leider aus. Und was vom Aufstand blieb, konnte reibungslos in die Moden und Marotten des Betriebs überführt werden. Doch wenn sich dieses "1968" zu einem Bild nicht runden will, dann deshalb, weil es Indiz eines Übergangs, eines Abschieds, eines Zerfalls, einer Auflösung, einer "Dekonstruktion" war, die seither nicht zum Abschluss kam. Im Gegenteil: in mancher Hinsicht zeichnete sich hier ein Gang der Dinge bis heute vor. Und deshalb dauert an, was sich damals ankündigte, weist sogar ins Künftige und macht jeden Versuch einer "abschließenden Einordnung" zur lächerlichen Veranstaltung hilfloser Archivare.“

<http://agoradio.de/-sendungen/2018-8/2018-8-10.html>

.) Bis heute werden wir von staatlich geprägten Begriffen/Sprachfallen eingenebelt. Wir müssen verhindern, dass die scheinbare Allmacht des Staates unsere Herzen und Köpfe bestimmen kann. Wenn wir für Aktionen gegen das Atomverbrechen mobilisieren, kann das nur wirksam sein, wenn wir in unseren Formulierungen nicht schon den staatlichen Sprachfallen auf den Leim gehen. Das wird besonders beim Begriff „Terrorismus“ deutlich. Es werden wohl ohne groß darüber nach zu denken, die staatlichen Sprachvorgaben übernommen wie z.B.: „Die Atomanlagen müssen gegen „terroristische“ Angriffe geschützt werden bzw. sind dagegen nicht geschützt.“ oder noch schlimmer: „Die Atomanlagen sind nicht gegen „islamistischen Terror “ geschützt.“ usw. Wenn wir diese Sprachregelung übernehmen, stellen wir uns selbst ein Bein, weil der Staat durchaus Widerstand ebenfalls als „Terrorismus“ bezeichnet und keinesfalls zwischen „religiösem Dogmatismus“ und Widerstand u. a. gegen das Atomverbrechen unterscheidet. Atomkraftgegner wurden und werden genau wie „religiöse Dogmatiker“ nach § 129 a „Bildung einer „terroristischen Vereinigung“ mit vielen Strafprozessen und

Hausdurchsuchungen verfolgt. Dabei werden die Werte auf den Kopf gestellt – StGB: „Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,.....Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Straftaten..... gegen die persönliche Freiheit zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden zuzufügen.“ Genau das aber macht der Staat u. a. mit seinem Atomverbrechen: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Staatliche-Sprachfallen-meiden5.pdf>

.) Am deutlichsten wird es am Begriff “Radikal”, den die Gleichmacher der “rechten Spießer” im Staat für alles einsetzen, was den Staat gefährden könnte. Eine Erläuterung zum Begriff Links-Radikal: Das Wort „Radikal“ wird politisch gern abwertend benutzt und auch reziprok mit „Gewalt“ gleichgesetzt. „Radikal“ bedeutet aber „vollständig, gründlich“ - „von Grund auf – von der Wurzel her“ - also elementar, generell, grundsätzlich, essenziell, substanziell. Das ist besonders sozialpolitisch ein „urlinker“ Anspruch . Hannah Arendt (https://de.wikipedia.org/wiki/Hannah_Arendt) resümierte:

„Das Böse kann niemals radikal sein sondern nur banal und auch extrem. Tief und Radikal kann nur das Gute sein.“: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Was-ist-Links-Radikal-im-Staatschismus.pdf>

.) Die RAF und der Kampf im Atomstaat.

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/RAF-Atomstaat.pdf>

Das Atomverbrechen hat eine Dimension, wo jeder Vergleich versagt. Die radioaktive Hinterlassenschaft wirkt verheerend noch in aber Millionen Jahren auf alles Leben auf Erden. Eine Endlösung zum sicheren Einschluss wird es nicht geben. An diesem Giga-Verbrechen sind nach wie vor alle Regierungsparteien von Schwarz, Rot, Gelb bis das selbe in Grün aktuell massiv weiterhin und ungestraft beteiligt. Diese Info als Hintergrund, in welcher Zeitepoche wir uns bewegen, wo wir Opfer und Täter zugleich sind: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Info-zur-RAF-2.-Juni.pdf>

.) Blick nach links in Zeiten des Rechtsrucks - Am Dienstag ist in Berlin der aktuelle Verfassungsschutzbericht vorgelegt worden, der mit dem Satz beginnt: »2017 hat Deutschland in Atem gehalten.« Der Urheber dieses schiefen Sprachbildes, Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), stellte das Papier dort zusammen mit dem Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, vor.

»Linksextremisten« zählt der Staat am liebsten

<https://www.jungewelt.de/artikel/336582.blick-nach-links-in-zeiten-des-rechtsrucks.html>

.) Aktuell noch nachträglich eingegangen:

.) 4. Newsletter der Initiative für Aufklärung:

<https://inhaltskestrasse.blackblogs.org/>

GEDENKKUNDGEBUNG 2018

38 Jahre nach den rassistischen Morden

am Samstag, den 18. August 2018

um 16.00 Uhr in Hamburg

in der Halskestraße 72, Billwerder

.) Brüder, die schweigen - Neonaziterror und Staatsräson, zweierlei dubiose Zeugen und die »Dramaturgie einer großen Zicke«. – Ein Rückblick auf fünf Jahre NSU-Prozess - Heer, Stahl und Sturm - Szene- und Geheimdienstzeugen - »Kein Kameradenschwein« : <https://www.jungewelt.de/artikel/337582.jahrhundertverfahren-br>

.) HH: 12.09.2018 – Keine Solidarität für Antisemit*innen! Nazi-Kundgebung angreifen! <http://antifainfopool.blogspot.eu/2018/07/22/12-09-2018-keine-solidaritaet-fuer-antisemitinnen-nazi-kundgebung-angreifen/> **und** <https://de.indymedia.org/node/23342>